

## Auf zu neuen Mehrheiten!

von Carsten Sieling

» *Wir haben uns einreden lassen – und mit uns viele andere in der Sozialdemokratie Europas –, die politische Mitte sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will.*

*Der Politologenglaube, man müsse sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern, statt sie mit eigenen Antworten und Konzepten wieder für sich zu gewinnen, ist – so glaube ich – die eigentliche Ursache für unsere Wahlverluste.“*

Sigmar Gabriel, 2009

Der Schlüssel zu neuen Mehrheiten liegt für die Sozialdemokratie nicht im bürgerlichen Lager. Nur wenn sich die SPD als Partei der linken Mitte positioniert, kann sie Nichtwähler zurückgewinnen und neue Wählerschichten erschließen. Eine starke und geeinte Parteilinke mit Gestaltungsanspruch muss diesen Kurs durchsetzen.

Die Erschütterung ihrer Glaubwürdigkeit setzt der Sozialdemokratie immer noch massiv zu und spiegelt sich vielerorts in Wahlergebnissen weit unter 30 Prozent wider. Insbesondere das Ergebnis der letzten Bundestagswahl zeigt, dass die SPD es noch nicht geschafft hat, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Diejenigen, die Peer Steinbrück als „SPD-Wähler im Wartestand“ bezeichnet hat, waren weniger eng an die SPD gebunden als erhofft: Für viele hat die Sozialdemokratie ihre Rolle als Garant für Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Aufstiegsungebüßt.

Ob es in Deutschland Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik geben kann, steht und fällt mit der Stärke der SPD. Schaffen wir es nicht, die Menschen zu überzeugen, gibt es jenseits

der großen Koalition oder Schwarz-Grün keine Regierungsmehrheit im Bundestag. Das Ziel, führende Regierungspartei zu werden und so Politik maßgeblich gestalten zu können, ist für die SPD nur dann realistisch, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit in zentralen Politikfeldern zurückgewinnen.

Bisher hat die Sozialdemokratie keine schlüssige Strategie, wie sie wieder Wahlergebnisse über 30 Prozent erzielen kann. Zeitweise kann man sogar den Eindruck bekommen, politische Instrumente werden je nach aktueller Umfragelage wahlweise aufs Tableau gehoben oder wieder beerdigt. Die Rolle der Parteilinken ist deshalb wichtiger denn je: Als programmatischer Motor der SPD fällt uns die Aufgabe zu, eine solche Strategie zur formulieren und innerparteilich durchzusetzen.

### Eine SPD der linken Mitte

Die aktuelle Debatte über die Wirtschaftskompetenz der SPD ist nicht neu. Die dahinter stehende Analyse lautet: Die Linkspartei wird mittelfristig nicht verschwinden und bindet einen Teil der links orientierten Wähler in Deutschland. Will die SPD Wähler gewinnen, so meinen die Protagonisten der Debatte, muss sie deshalb stärker in die – vermeintlich politisch festgelegte – Mitterücken. Das Ziel der aktuellen Debatte über einen Kurswechsel ist es, Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu gewinnen. Die Politik der SPD soll unternehmensfreundlicher gemacht werden und dabei wird auf die alten Rezepte konservativer und liberaler Wirtschaftspolitik gesetzt. Der Anspruch auf eine eigenständige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird dabei nicht formuliert oder sogar aufgegeben.

Dass die SPD mit einer solchen Politik riskieren würde, ihre Kernwählerschaft noch stärker zu dezimieren, wird dabei entweder ausgeblendet oder in Kauf genommen. Nach der Bundestagswahl 2013 beschrieb eine Wahlanalyse von Infratest, wie die kulturelle Kluft zwischen SPD

und ihr einstiger Kernklientel – den einfachen Leuten – steigt. Die SPD musste in den letzten 15 Jahren einen dramatischen Stimmenverlust bei der Arbeitnehmerschaft hinnehmen: Während 1998 noch 49 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sozialdemokratisch wählten, waren es 2013 nur noch 27 Prozent. Die aktuelle Debatte ist Ausdruck dieser Entfremdung und treibt sie weiter voran.

Eine Antwort der SPD-Linken muss strategisch überzeugen. Der bloße Verweis auf an die Linkspartei verlorene Wähler und die damit verbundene Forderung nach einer Annäherung an deren Programm genügt bei genauerem Hinsehen nicht: Wenn die SPD sich darauf konzentriert, Stimmen innerhalb des eigenen politischen Lagers zu gewinnen, sieht die Perspektive auf politische Mehrheiten links der Union düster aus. Dafür braucht es keine Stimmverschiebungen zwischen SPD, Grünen und Linkspartei, sondern eine Sozialdemokratie, die ihr Wählerpotential mobilisieren kann.

Wie das gelingen kann, hat Sigmar Gabriel bereits 2009 treffend formuliert: Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass die politische Mitte ein inhaltlich festgelegter Raum ist, sondern sie mit unseren Ideen aktiv gestalten. Die Sozialdemokratie muss den Kampf um politische Ideen und Ziele wieder aufnehmen, statt den Interessen des bürgerlichen Lagers hinterherzulaufen. Was unsere Gesellschaft braucht, ist eine SPD der linken Mitte!

## Politik gegen Ungleichheit

Nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet als heute. Das empfinden nicht nur die einkommensschwachen Schichten als ungerecht, sondern auch weite Teile der Mittelschicht. Es gibt in Deutschland breite gesellschaftliche Mehrheiten für eine Politik, die das ändern will – das wird z.B. an den hohen Zustimmungswerten zu den zentralen SPD-Projekten Mindestlohn und Rentenreform deutlich.

Eine glaubwürdige Politik gegen soziale Ungleichheit muss zum Kernanliegen der SPD werden. In diesem Bereich werden ihr die höchsten Kompetenzwerte zugeschrieben und hier sind folglich auch die Erwartungen am höchsten. Die Voraussetzungen für eine solche Politik hat die SPD während ihrer programmatischen Erneuerung seit 2009 unter maßgeblicher Beteiligung der Parteilinken hergestellt – mit weitreichenden Beschlüssen in der Arbeitsmarkt-, Renten- und Steuerpolitik. Jetzt geht es auch darum, diese Beschlüsse zu verteidigen und auf ihre Umsetzung zu pochen.

Dass die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands größer geworden ist, spiegelt sich inzwischen auch in den politischen Prozessen wider. Dem unter anderem von Thomas Piketty beschriebenen Einfluss der Superreichen auf politische Entscheidungsprozesse steht eine zunehmende Wahlenthaltung derer gegenüber, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Das zeigt ein Blick auf die sozio-ökonomische Zusammensetzung der Nichtwähler: Die Beteiligung an Wahlen ist in Deutschland immer stärker an den sozialen Status gekoppelt. Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben nachweislich maßgeblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung.<sup>1</sup> Allein bei der Bundestagswahl 2009 gingen über zwei Millionen Wähler nicht mehr zur Wahl, die 2005 noch SPD gewählt hatten. Insgesamt gibt es in Deutschland mittlerweile über 17 Millionen Nichtwähler. Wenn es uns aber gelänge, nur einen Teil dieser Menschen (wieder) für uns zu gewinnen, sähen die politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland ganz anders aus.

Eine Politik der linken Mitte heißt, die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs zu positionieren. Traditionell eng verknüpft mit dem sozialdemokratischen Aufstiegsversprechen ist die Bildungspolitik. Hier muss es uns darum gehen, die Herstellung von Chancengleichheit im Bil-

<sup>1</sup> Schäfer, Armin: „Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013“. Bertelsmann 2013.

dungssystem durch die bessere Ausstattung von Kitas und Schulen, Schulsozialarbeit und die Ausweitung des Bafögs zu ermöglichen. Hiervon profitieren insbesondere die jetzigen Verlierer des Bildungssystems, aber auch alle anderen. Darüber hinaus wäre eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem auch ein Beitrag, um dem vielfach befürchteten Engpass an Fachkräften vorzubeugen. Um Investitionen in Bildung zu finanzieren, brauchen wir eine andere Steuerpolitik, in der hohe Einkommen und Vermögen stärker herangezogen werden. Das ist das einzige überzeugende Rezept zur Bekämpfung der sozialen Spaltung in Deutschland und muss Kernelement sozialdemokratischer Programmatik bleiben.

Gleichzeitig ist mehr Umverteilung kein Gegensatz, sondern Voraussetzung für eine kluge Wirtschaftspolitik. Dass es dabei nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um Wachstum und Wohlstand geht, zeigt eine neue Studie der OECD: Die Einkommensungleichheit in Deutschland beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum in Deutschland erheblich.<sup>2</sup> Statt die wirtschaftspolitischen Dogmen der letzten 20 Jahre auf der Suche nach Stimmen aus dem bürgerlichen Lager neu aufzuwärmen, sollte die Sozialdemokratie eine gerechtere Verteilungspolitik und die Forderung nach mehr Investitionen mutig vertreten.

Denjenigen, die sich enttäuscht vom politischen Prozess abgewandt haben, müssen wir ein ernstzunehmendes Angebot zur Teilhabe machen. Dass eine solche Politik Menschen, die sich eher im bürgerlichen Lager verorten, nicht ausschließen muss, zeigt die Geschichte: Die SPD war auf ihrem politischen Höhepunkt in den siebziger Jahren eine Volkspartei, die traditionellen und sich modernisierenden Arbeitnehmern wie auch einem Teil der Bildungs- und Dienstleistungselite bis hin zum wertkonservativ eingestellten Bürgertum etwas zu bieten hatte. Bezogen auf die heutige Situation

bedeutet das, dass die SPD ausgehend von der Stärkung ihrer Kernwählerschaft mit Initiativen zum Ausbau der Bürgerrechte, zur Kulturpolitik oder den Perspektiven junger Selbstständiger ihre Basis erweitern muss. Wenn es uns so gelingt, neue Wählerschichten zu erschließen, sind Wahlergebnisse über 30 Prozent wieder eine realistische Perspektive.

### Die SPD-Linke stärken

Eine solche, progressive Agenda innerparteilich zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen, ist Aufgabe der SPD-Linken. Mit ihrem Erfolg steht und fällt auch der Erfolg der SPD – verweilt sie in der strategischen Sackgasse oder findet zu alter Stärke zurück? Umso wichtiger ist, dass sich die Parteilinke über ihre Schlüsselrolle im Klaren ist und gemeinsam agiert.

Der Weg der programmatischen Erneuerung, den die SPD seit 2009 eingeschlagen hat, ist der Richtige. Diese Erneuerung wurde insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Renten- und Steuerpolitik maßgeblich von der SPD-Linken erkämpft. Konsequenterweise fällt uns nun die Rolle zu, die Beschlüsse gegen Aufweichungsversuche zu verteidigen und über die genaue Umsetzung unserer Verhandlungserfolge im Koalitionsvertrag zu wachen. Das darf uns aber nicht davon abhalten, inhaltlich weiterzudenken. Die SPD-Linke darf sich nicht zum Gewissen der Partei machen lassen, das aktuellen Debatten mit erhobenem Zeigefinger hinterherläuft – sie muss Politik gestalten und dafür Verantwortung übernehmen.

Um Nichtwähler zu gewinnen, neue Wählerschichten zu erschließen und nach links bündnisfähig zu sein, muss die SPD ein attraktiver Ort für all diejenigen sein, die sich gesellschaftlich links verorten und neue Ideen einbringen wollen. Es ist eine zentrale Aufgabe der SPD-Linken, die SPD zu einem solchen Ort zu machen. ■

<sup>2</sup> [www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm](http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm)

↳ Dr. Carsten Sieling, MdB, ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.